

14. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Enquetekommission

„Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

11. Sitzung

Donnerstag, 18. November 2010, 10:00 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Eugen-Bolz-Saal

Beginn: 10:07 Uhr

Schluss: 10:50 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP
und Antwort der Landesregierung
– Ausbildungsreife und weitere Grundlagen
für eine gelingende Berufsausbildung
– Drucksache [14/6703](#) S. 1


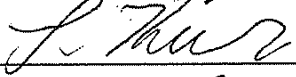

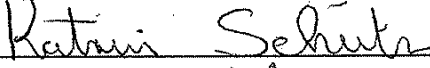

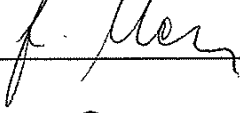
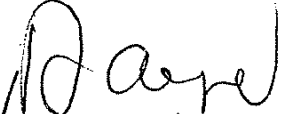
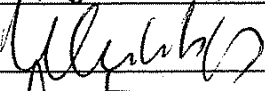

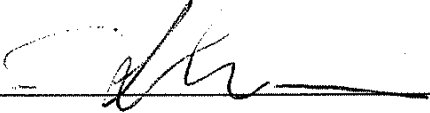
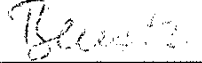
2. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP
und Antwort der Landesregierung
– Berufliche Schulen in freier Trägerschaft
– Drucksache [14/6652](#) S. 8

Teil II – nicht öffentlich

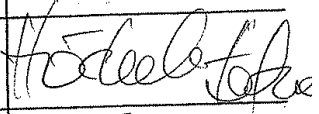
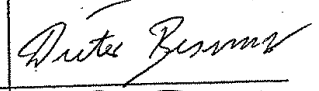

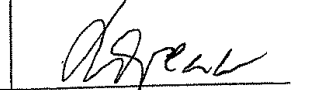

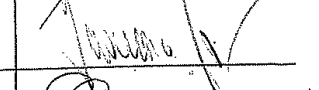
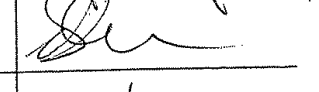
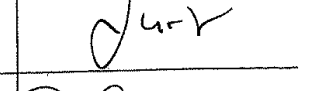
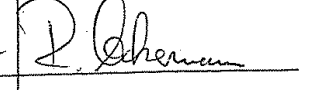
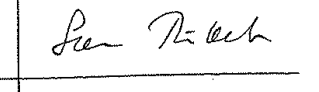
– siehe gesondertes Protokoll –

Anwesend:

Abgeordnete:

Krueger	
Kurtz	
Razavi	
Schütz	
Teufel	
Wolf	
Bayer	
Kleinböck	
Dr. Mentrup	
Lehmann	
Berroth	

Regierungsvertreter:

NAME Bitte deutlich in BLOCKSCHRIFT	Dienst- stellung	Dienst- stelle	zu TOP	Unterschrift
DR. SIMONE HÖCKELE- HÄFNER	MR'in	StM	alle	
Düster Besimmer	MR	WM	Teil I	
Rugart, Claudia	Prof. L	KM	alle	
Lorent, Klaus	Mag	KM	alle	
Köpf-Schulen, Rose	MR'in	WM	alle	n. Köpf-Schul
Altenburg, Kersten	StD	WM	Teil I	
Asi. J. W. ...		WM	"	
Schammayor, Andreas		WM	"	
Jurt, Norbert	MR	KM	alle	
R. Schuman		KM	alle	
SUSANNE THIMET	MR'in	KM	"	

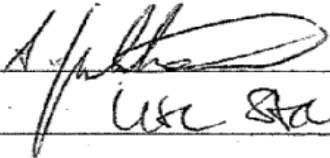
Landtagsverwaltung:

Landtagsverwaltung

Name bitte deutlich
in Blockschrift

Unterschrift

Gebhardt
Stein


Gebhardt
Stein

Parlamentarischer Beratungsdienst

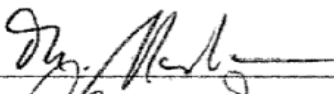
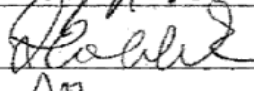

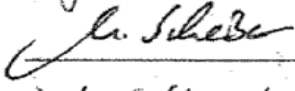
Name bitte deutlich
in Blockschrift

Fraktion

Unterschrift

Hartmann
Zornalek
Witz
Scheibe
Biskup

CDU
SPD
FDP/DVP
CDU
GRÜNE





i. A. Gebhardt im Nachgang dff
05

Externe Sachverständige – Ordentliche Mitglieder.

11. Sitzung am 18. November 2010

ÖFFENTLICHER TEIL

Externe Sachverständige – Ordentliche Mitglieder –

Name bitte deutlich in Blockschrift	Dienststelle/Institution	Unterschrift
Futter	Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg	
von Wartenberg	DGB-Bezirk Baden- Württemberg	<hr/>
Prof. Dr. Euler	Universität St. Gallen	
Dr. Ruf	ZF Friedrichshafen AG	<hr/>

Externe Sachverständige – Stellvertretende Mitglieder:

11. Sitzung am 18. November 2010

ÖFFENTLICHER TEIL

Externe Sachverständige – Stellvertretende Mitglieder –

**Name bitte deutlich
in Blockschrift**

Dienststelle/Institution

Unterschrift

Dr. Käuflein

Roncalli-Forum Karlsruhe

Dr. Rapp

Prof. Dr. Deißinger

Universität Konstanz

Vollmer

Landesinnungsmeister
des Konditorenhandwerks

Punkt 1
Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP
und Antwort der Landesregierung
– Ausbildungsreife und weitere Grundlagen
für eine gelingende Berufsausbildung
– Drucksache 14/6703

Vorsitzende Andrea Krueger: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich zu der Sitzung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ begrüßen. Der erste Teil unserer Sitzung ist öffentlich. Wir haben zwei Große Anfragen zu beraten, die – so viel zum technischen Prozedere – in einem Ausschuss anstelle des Plenums beraten werden können, dann aber natürlich öffentlich. Deswegen gibt es heute Morgen einen öffentlichen Sitzungsteil.

Ich würde vorschlagen, dass wir vorsorglich – obwohl das formal nur notwendig ist, wenn Anträge gestellt werden – einen Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt 1 – Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung „Ausbildungsreife und weitere Grundlagen für eine gelingende Berufsausbildung“ – vorsehen. Herr Bayer übernimmt die Berichterstattung.

Ich darf Frau Berroth als Initiatorin das Wort erteilen. Bitte sehr.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Das ist eine Große Anfrage mit einer ausführlichen Beantwortung. Ich glaube aber nicht, dass wir sie heute ausführlich diskutieren müssen.

Mir geht es vor allem darum, dass das Thema Ausbildungsreife in der Enquetekommission als Material mitbehandelt wird, weil es in vielen Anhörungspunkten immer wieder zur Sprache gekommen ist.

Es sind – ich danke der Landesregierung für die ausführliche Antwort – viele Anregungen gegeben worden. Es hat sich gezeigt, dass die Landesregierung schon einiges gemacht und auf den Weg gebracht hat. Ich hoffe, dass sich das, was von der Wirtschaft beklagt wird, künftig verbessert. Ich erinnere nur an die Sprachstandsförderung im frühkindlichen Bereich, was an erster Stelle steht, und vieles andere mehr. Auch die bessere Verzahnung von Berufsschule und Werkrealschule ist ein wesentliches Thema.

Die allgemeinbildenden Schulen haben wir nicht hier zu erörtern; das ist keine Frage. Damit muss sich gegebenenfalls der Schulausschuss anhand weiterer Initiativen befassen.

Mir geht es darum, dass wir das, was uns die Landesregierung an Material geliefert hat, in der Enquetekommission verwenden; denn es ist wichtig, dass wir gegenüber der Wirtschaft deutlich machen, dass das Thema bei uns angekommen ist und dass sich der Landtag und die Landesregierung damit befassen.

Ansonsten kann die Große Anfrage von meiner Seite aus für erledigt erklärt werden.

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Frau Berroth hat in der Tat recht: Diese Große Anfrage birgt eine Vielzahl von Informationen, Hinweisen, Materialien und Einzelmodellen. Ich finde, es kommt gerade jetzt darauf an, in der Enquetekommission diesen großen „Steinbruch“ zu verwenden, um daraus dann in sich kohärente Konzepte zu machen. Es ist jetzt nicht die Phase in der Diskussion, das zu vertiefen.

Trotzdem möchte ich fünf Punkte aus dieser Großen Anfrage herausnehmen, sie mehr stichwortartig skizzieren und damit deutlich machen, dass wir glauben, dass in diesen Punkten Handlungsbedarf besteht, wenn wir in der Enquetekommission weiter diskutieren.

Den ersten Aspekt hat Frau Berroth schon angerissen, nämlich Mängel bei der Ausbildungsreife mit dem deutlichen Hinweis, dass hier auch die allgemeinbildenden Schulen gefragt sind. Das ist nicht unbedingt ein Gegenstand unserer Arbeit in der Enquetekommission, aber in den Handlungsempfehlungen muss ein Hinweis auf das allgemeinbildende Schulsystem kommen, ohne dass wir es operationalisieren können; denn die berufliche Ausbildung kann nicht zum Reparaturbetrieb dessen werden, was vorher verabsäumt worden ist. Das ist ein wichtiger Punkt. Aber diesem Bereich kann man nicht alles aufladen. – Das war mein erster Punkt.

Der zweite Punkt: Die Gründe des BIBB für die negativen Entwicklungen wurden auf Seite 7 sehr gut aufgelistet. Dort steht u. a., die negativen Veränderungen in den Familien der Jugendlichen seien ein Grund. Das ist ein sehr deutlicher Hinweis auf etwas, was wir in der Enquetekommission zu bearbeiten haben, nämlich psychosoziale Unterstützungssysteme, und zwar am Rande und begleitend, Jugendberufshilfe, Jugendsozialhilfe, Schulsozialarbeit, früh beginnende Berufsorientierungen in allen Schultypen und, so meine ich, auch eine verstetigte, systematisierte Form von Familienbildung, die wir bisher in der notwendigen Art und Weise nicht implementiert haben. Wenn negative Veränderungen in Familien und bei Jugendlichen beobachtet werden, dann muss von der Enquetekommission zumindest ein Hinweis kommen, auch in diesen Bereichen etwas zu tun. – Das war mein zweiter Punkt.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Erfolgsberichterstattung. Ich nenne zwei Beispiele, nämlich die Übergangsquoten von BVJ und BEJ. In der Anfrage wurde darauf abgehoben, dass die Zugangschancen von Absolventen des BVJ und BEJ in den letzten fünf Jahren weitgehend konstant geblieben seien. Aber man muss natürlich die Tabelle entsprechend lesen. Sie sind auf allerniedrigstem Niveau konstant geblieben. Round about

20 % schaffen den Einstieg in das Normalsystem. Das heißt umgekehrt, dass 80 % diesen Übergang nicht schaffen. Das ist wirklich alles andere als eine Erfolgsbilanz.

Oder schauen wir uns die Einstiegsqualifizierungsplätze an, die vereinbart worden sind. 5 000 Plätze sind mit der Wirtschaft vereinbart worden. Im Jahr 2008 sind 2 300 Plätze und im Jahr 2009 sind 2 500 Plätze realisiert worden. Ich finde, da kann man nicht sagen, dass der Zwischenbericht eine positive Bilanz zieht. Man muss zumindest registrieren, dass es hier einen Nachholbedarf gibt.

Der vierte Punkt betrifft die Erfolgsquote beim Abschluss der beruflichen Ausbildungsgänge, die in der Tat bei 95 % liegt. Ich bitte aber zu berücksichtigen, dass es große branchenspezifische Unterschiede gibt. Gerade im Dienstleistungs- und Hotelleriebereich gibt es relativ hohe Abbrecherquoten, die wir uns einmal besonders anschauen sollten.

Auf einen Satz in der Antwort der Landesregierung möchte ich besonders hinweisen. Ich zitiere:

Vor dem Hintergrund des zu erwartenden demografiebedingten Fachkräftemangels und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, zukünftig vermehrt auch schwächere Jugendliche in den Betrieben aufnehmen zu müssen, werden diese innerbetrieblichen Unterstützungsmaßnahmen künftig an Bedeutung gewinnen.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben ihn schon an verschiedenen Stellen thematisiert und müssen ihn noch einmal sehr differenziert anschauen. Das ist ein direkter Hinweis, dass verschiedene Formen von assistierter Ausbildung – es gibt einige sehr erfolgreiche Modelle – verstetigt und aus dem Projektstatus herausgehoben werden müssen. Auch müssen sie aus dem Finanzierungskonzept herausgehoben werden. Hier steht nämlich im Wesentlichen eine ESF-Finanzierung dahinter.

Das bringt mich zu meinem fünften und letzten Punkt. Es wurde gefragt, welche ESF-geförderten Projekte derzeit bestehen. Dazu ist eine sehr gute Auflistung verschiedener Projekte gemacht worden. Mit den ESF-Mitteln wird sehr viel Positives gemacht. Ich möchte auf das Projekt 3 verweisen, weil sich hier eine deutliche Handlungsanweisung an uns ergibt, nämlich das Ganztagsangebot an Berufsschulen, hier für Jugendliche ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Wir haben das schon in anderen Zusammenhängen diskutiert. Es ist wichtig, den Bereich der Ganztagsbeschulung, der Ganztagsangebote im beruflichen Schulsystem zu verankern, über die ESF-Förderung hinauszukommen und diesen Bereich innerhalb unseres Normalsystems zu verstetigen.

Das sind fünf Punkte, von denen ich glaube, dass sie in unserer weiteren Debatte eine wichtige Rolle spielen müssen.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ich möchte nur etwas ergänzen, was mir vor dem Hintergrund des doch sehr schillernden Begriffs der fehlenden Ausbildungsreife wichtig

erscheint. Tatsache ist – auch nach allen Untersuchungen, die vorliegen –, dass es Defizite in vielfacher Hinsicht gibt, und zwar sowohl was die persönlichen Kompetenzen angeht als auch in der Frage des Basiswissens.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir, wenn wir Handlungsempfehlungen vorlegen, auch über die Schnittstellenproblematik zwischen dem allgemeinbildenden Schulsystem und dem dualen System bzw. über das, was im Übergangssystem ist, Aussagen machen müssen, und zwar unabhängig davon, wie man das diskutiert und wie weit der Handlungsauftrag der Enquetekommission geht. Wir müssen Aussagen dazu machen, weil wir das berufliche Bildungssystem nicht als isoliertes System betrachten können, sondern wir müssen die Schnittstellenproblematik im Auge haben.

Wir müssen beispielsweise Aussagen zu folgenden Fragen machen: Ist es richtig – ich sage es einfach einmal so –, Fächerverbünde in den Naturwissenschaften zu haben und über viele Untersuchungen hinweg den Mangel festzustellen, dass es im Bereich der Mathematik und der Physik offensichtlich erhebliche Mängel gibt? Muss man das nicht überdenken? Wie kann das Defizit an Basiskompetenzen, was die Allgemeinbildung angeht, beseitigt werden? Welche Korrekturen müssen im allgemeinbildenden System zumindest angestoßen werden? – Ich glaube, als Enquetekommission müssen wir, weil Handlungsbedarf vorhanden ist, einen Impuls geben, um diese Defizite abzubauen. Das ist das eine.

Das Zweite, das mir auch noch wichtig erscheint, ist Folgendes: Die integrierte Ausbildungsstatistik scheint ein Konsensthema zu sein; denn in den Anhörungen haben wir gehört, dass sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmervertreter, also eine breite Basis, gesagt haben, dass hier mehr Transparenz erforderlich ist.

Ich glaube, eine Transparenz ist auch dahin gehend erforderlich – meines Erachtens geht das aus dieser Anfrage deutlich hervor –, dass es in den Bildungsmaßnahmen, die in der Schule angeboten werden, Informationslücken gibt. In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu beantworten: Wohin gehen die jungen Leute eigentlich, wenn sie aus dem BVJ, BEJ oder aus den Berufskollegs kommen? Sind die Ausbildungsgänge, die wir anbieten, zielführend? Bringen sie die Ergebnisse, die wir von diesem System erwarten? – Wir brauchen zumindest stichprobenartig eine Analyse darüber, ob das, was wir mit diesen Ausbildungsgängen vorhaben, funktioniert. Dazu brauchen wir eine integrierte Ausbildungsstatistik, aber mit dem Hinweis darauf, dass wir zumindest sporadische Datenerhebungen in diesem Bereich machen und die Frage klären, wie zielführend die vorhandenen Maßnahmen sind. Das wäre mir in diesem Zusammenhang wichtig.

Abg. Stefan Teufel CDU: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Bildung in Deutschland, aber auch in Baden-Württemberg leisten soll, ist seit Jahrzehnten eine viel diskutierte Frage. In der Enquetekommission haben wir intensiv verschiedene Perspektiven beleuchtet: zum einen die demografische Entwicklung, zum anderen den prognostizierten Fachkräftemangel, aber auch das immer wieder veränderte Anforderungsprofil der Schülerinnen und Schüler in der Arbeitswelt. So dürfen wir den Begriff

der Ausbildungsreife als nichts Statistisches verstehen, sondern das ist sicherlich ein atmender Begriff, der sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt neu definieren lässt.

Ganz ohne Zweifel gibt es auch in Baden-Württemberg Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche, die tatsächlich Probleme mit einer klassischen, aber auch mit einer dualen Ausbildung haben.

Wir sollten uns aber davor hüten, alles an der Schule und an der Schulorganisation festzumachen. Oft mangelt es – Herr Lehmann hat es schon skizziert – nicht nur an fachlicher Kompetenz, sondern auch an Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, Motivation und Lernbereitschaft.

Ich glaube, dass das eine wichtige Initiative ist, die aber aus organisatorischen Gründen eher im Schulausschuss beraten werden sollte.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir das Thema Ausbildungsreife durch die Große Anfrage der FDP/DVP so pointiert besprechen können. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Bayer schon gesagt hat, auch ein bisschen als Replik auf Sie, Herr Lehmann.

Ich glaube nicht, dass der Bericht der Ausdruck einer Schnittstellenproblematik ist. Vielmehr bringt der Bericht für mich zwei Bereiche ganz deutlich hervor: Wenn 47,8 % der Schulabgänger elementare Rechenfertigkeiten und 52,8 % mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen fehlen – das sind die beiden Punkte, die hier am höchsten klassifiziert sind –, wenn diese Jugendlichen im BVJ landen und wenn nach einem Jahr BVJ nur 20 % der Jugendlichen in eine duale Ausbildung münden, dann müssen wir feststellen, dass das Instrument BVJ für diese Jugendlichen offensichtlich nicht greift. Wir haben dann die Aufgabe zu überlegen, wie dieses „Übergangssystem“ weitergeht. Das machen wir in der Enquetekommission.

Wir müssen ganz klar sagen, dass bei den Defiziten, die nach neun oder zehn Jahren Schule im allgemeinbildenden Schulsystem übrig bleiben, nicht allein das berufliche Bildungssystem eine Verbesserung herbeiführen kann. Deswegen müssen wir uns hier – bei aller Beschränkung der Aufgabenstellung in der Enquetekommission – ganz klar dazu äußern, dass es eine Aufgabe des vorhergehenden allgemeinbildenden Schulsystems ist und dass solche Ergebnisse nicht akzeptabel sind. Wir müssen den Spagat schaffen, das System im beruflichen Bereich zu verbessern, aber keine Aufgaben zu übernehmen, die ganz klar aus dem Versagen des vorherigen Systems resultieren.

In einer Umfrage in Hessen wurden die negativen Veränderungen in den Familien der Jugendlichen als Hauptgrund dafür angegeben, dass die Leistungen der Schulabgänger in den letzten Jahren schlechter geworden sind. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir Schule anders begreifen müssen, dass wir sie nicht nur auf die Vermittlung von Wissen beschränken können und dass wir diese Themen in der Schule stärker angehen müssen. Denn hier wird ja von einer Entwicklung und nicht von einem Status quo berichtet, der seit 15 Jahren immer gleich ist. Hier wird vielmehr gesagt: Vor zehn oder

15 Jahren war das noch besser, und jetzt wird es schlechter. – Darin wird einer der Hauptgründe gesehen.

Ich möchte noch einen dritten Punkt unterstreichen; das haben auch Sie gesagt, Herr Lehmann. Wir haben immer das Problem, dass es keine Längsschnittbetrachtung gibt. Wir wissen bei einem Schüler, der in der fünften Klasse anfängt, am Ende nicht, wo er herauskommt. Man kann immer nur die Zahl der Schüler insgesamt betrachten. Man kann betrachten, wie viele Schülerinnen und Schüler die Grundschule schon mit Sprachproblemen beginnen. Man weiß aus der Einschulungsuntersuchung, dass das etwa 30 % sind. Am Ende kann man gucken, wer in den sogenannten Übergangsmaßnahmen landet. Wenn man das auf einzelne Städte herunterbricht, dann stellt man fest, dass das etwa die Größenordnung von 20 bis 30 % der Jugendlichen ist. Aber man weiß am Ende nie, ob es dieselben sind oder was sich zwischendrin getan hat.

Wir wissen, dass es datenschutzrechtlich durchaus schwierig ist, Schülerkarrieren zu verfolgen. Ich finde, auch das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass wir uns dieses Themas in der nächsten Legislaturperiode annehmen müssen. Ich glaube, wir stochern oft noch zu sehr im Nebel und können nicht zielgenau genug erforschen, was an der einzelnen Biografie letztlich die Dynamik ist, die dazu führt, dass jemand zuerst neun oder zehn Jahre lang zur Schule geht, anschließend noch im BVJ oder BEJ ist und am Ende trotzdem keinen Ausbildungsplatz bekommt, und zwar auch deswegen nicht, weil er die Vorkenntnisse und Fertigkeiten einfach nicht mitbringt.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Lorenz. Herr Bayer hat schon auf die Erfolgsquote beim Abschluss der beruflichen Ausbildungsgänge von 95,1 % hingewiesen. Ich verstehe die Zahl so, dass das die Quote derjenigen ist, die in der Prüfung erfolgreich sind, und nicht die Quote derjenigen, die einmal mit der Ausbildung angefangen haben und dann am Ende erfolgreich sind; denn wenn man allein im Gastronomiebereich mit über 50 % Abbrechern rechnet, kommt man nie auf 95 %. Das sind also wirklich nur diejenigen, die durchgehalten und die Prüfung erfolgreich bestanden haben. Das sagt aber nichts darüber aus, wie viel von den eigentlichen Beginnern, sage ich einmal, am Ende erfolgreich sind. Sehe ich das richtig?

Herr Lorenz: Das ist genau die richtige Interpretation. Über alle Berufe hinweg gibt es, wenn ich mich richtig erinnere, eine Abbrecherquote von etwa 20 %, die zwischen dem Hotel- und Gaststättenbereich und dem Industrieelektroniker oder Ähnlichem in einem Großbetrieb sehr stark schwankt. Dadurch kommt diese Zahl zustande. Bei denjenigen, die in die Prüfung eintreten, gibt es eine Erfolgsquote von etwa 95 %.

Vorsitzende Andrea Krueger: Vielen Dank für die Klarstellung.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich bedanke mich bei allen, die sich geäußert haben, für die konzentrierte und kompetente Befassung mit der Materie. Es ist in der Tat so, dass wir diese Last nicht nur unseren Berufsschulen aufbürden dürfen, weil in vielen Fällen das, was Hänchen und Lieschen nicht gelernt haben, Hans und Liese nur noch sehr schwer nachholen können.

Mir geht es mit der integrierten Ausbildungsstatistik ähnlich wie Ihnen, Herr Dr. Mentrup. Der „große Bruder“ lässt grüßen. Das faustische Verlangen, mehr zu wissen, was abläuft, ist auch bei mir vorhanden. Mit der Frage, wie wir den Datenschutz und das sicherlich förderliche Wissen nach Bildungsbiografien richtig in den Griff bekommen, werden wir uns noch eine Weile befassen müssen.

Ansonsten kann die Große Anfrage für erledigt erklärt werden.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Die Rolle des Mephisto ist noch frei.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Andrea Krueger: Man sieht: Bildungsdiskussionen haben auch in der Enquetekommission etwas für sich. Selbst hier kommt der gute alte Faust zum Tragen.

Vielen Dank. – Bitte, Herr Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Da wir diese Große Anfrage nicht im Plenum und auch nicht im Schulausschuss, sondern nur hier in der Enquetekommission diskutieren, möchte ich einen Satz anfügen. Wir sind mitten im Endspurt. Deswegen möchte ich etwas zum Vorgehen sagen.

Mangelnde Ausbildungsreife wird von allen festgestellt und beklagt. Deswegen ist es gerade bei diesem Punkt – aber nicht nur bei diesem Punkt – wichtig, dass wir von ehrlichen Defizitanzeigen ausgehen, diese ernst nehmen, dann konkrete Ziele definieren und konkrete Wege zu diesen Zielen beschreiben. Das ist ein wichtiger Punkt. Denn sonst wäre das hier ein Steinbruch. Diese Vielfalt an guten Informationen ist nichts wert, wenn wir keine konkreten Ziele definieren. Wir müssten diese noch in einen zeitlichen Ablauf bringen und Wege und Handlungsempfehlungen an ihnen orientieren. Das ist für mich ein wichtiger Punkt für die weitere Arbeit.

Vorsitzende Andrea Krueger: Ich denke, alle Obleute und Fraktionen werden das als Leitgedanken für ihre Arbeit betrachten, die in der nächsten, in der letzten Sitzung der Enquetekommission ihren Ausfluss in den zu beschließenden Handlungsempfehlungen finden werden.

Punkt 2

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Berufliche Schulen in freier Trägerschaft

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Diese Große Anfrage haben wir deswegen eingebracht, weil ich den Eindruck gewonnen habe, dass man diesem Teil des beruflichen Schulwesens in Anhörungen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat, und weil es mir wichtig war zu dokumentieren, welchen großen Anteil die Schulen in freier Trägerschaft gerade im beruflichen Schulwesen haben.

Einerseits proklamieren wir zu Recht den Vorrang für das duale System. Andererseits müssen wir bedenken, dass es auch Ausbildungen gibt, für die es im dualen System gar keine Äquivalenz gibt. Gerade in diesen Bereichen machen oft die Schulen in freier Trägerschaft sehr wichtige Angebote. Ich denke, wir sollten das wertschätzen.

Insbesondere angestiegen ist die Zahl der privaten beruflichen Schulen bei den Ausbildungen im sozialen Bereich, in der Altenpflege und in der Krankenpflege. Auch in der Erzieherinnenausbildung sind sehr viele freie Träger im Einsatz.

Einen starken Zulauf gibt es auch bei den beruflichen Gymnasien. Hier sind wir glücklicherweise gerade dabei, den Bedarf für staatliche Angebote anzupassen.

Mir ist wichtig, dass die Wertschätzung der Enquetekommission auch gegenüber den beruflichen Schulen in freier Trägerschaft zum Ausdruck gebracht wird. Es ist sicherlich wichtig, dass wir uns einmal daranmachen, einheitliche Qualitätsstandards zu entwickeln. Sosehr ich viele dieser Schulen schätze, beobachte ich manche Entwicklungen durchaus mit Skepsis.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will einmal bei der Skepsis ansetzen, Frau Berroth. Wenn ich die Zahl der Neugründungen der letzten zehn Jahre betrachte, dann darf ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir unter dem Aspekt der Beschäftigung im Weiterbildungssektor festgestellt hatten, dass es viele prekäre Arbeitsverhältnisse gibt. Ich weiß, dass es in diesem Bereich für diejenigen, die bei privaten beruflichen Schulen beschäftigt sind, oftmals sehr problematisch ist. Ich weiß das deshalb, weil ich schon den einen oder anderen aus der freien Trägerschaft in das öffentliche Schulwesen übernehmen konnte.

Was mir ein bisschen Sorgen macht, ist der noch nicht thematisierte Hintergrund: Wie gehen wir mit der Entwicklung um, wenn wir sehen, dass die Gesamtschülerzahlen im beruflichen Bereich, sowohl in den öffentlichen als auch in den privaten beruflichen Schulen, zunehmen? – Wir wissen, dass wir vonseiten der öffentlichen beruflichen Schulen eine Versorgung von plus/minus 90 % haben. Ist die Konsequenz daraus, wenn der demografische Faktor greift, dass die öffentlichen beruflichen Schulen zu-

rückgefahren werden, oder was ist die Absicht der Landesregierung an dieser Stelle? – Aus der Vorlage ist nur die Brisanz erkennbar. Die Absicht selbst ist daraus noch nicht abzuleiten.

Die zentrale Frage war immer der Hinweis auf die Qualität. In diesem Zusammenhang scheint mir wichtig zu sein, dass wir uns darum kümmern müssen, inwieweit die Qualität auch bei den privaten Trägern realisiert wird. Das hat zum einen sicherlich etwas mit dem Praktikum zu tun. Zum anderen hat das aber auch etwas mit der Abbrecherquote zu tun; Herr Lorenz hat das gerade angesprochen. Wir haben gehört, dass es ungefähr 20 % Abbrecher gibt. Aber niemand weiß, was mit diesen Abbrechern passiert. Wir wissen sehr wohl, dass sich einige nach oben entwickeln; um diese brauchen wir uns sicherlich gar keine Sorgen zu machen. Aber worum wir uns kümmern müssen, sind diejenigen, die nach unten ins Leere laufen und die Berufsausbildung abbrechen. Dann stellt sich nämlich die Frage, wie es weitergeht.

Interessant wäre die Erfassung der Zahlen, wie viele bei den privaten Trägern beginnen und wie viele dann tatsächlich in die Phase kommen – Kollege Mentrup hat es gerade angesprochen –, dass sie an der Abschlussprüfung teilnehmen können. Das ist ein Punkt, über den wir uns noch konzeptionelle Gedanken machen sollten.

Ich gebe Frau Berroth recht, dass wir im Bereich der Sozialpädagogik und der Pflege ein großes Betätigungsfeld haben. Dennoch meine ich, dass wir uns bei dem nächsten Schritt, nämlich der Entwicklung der beruflichen Gymnasien, z. B. das sozialwissenschaftliche Gymnasium – dazu gibt es ja eine Reihe von Anträgen –, mit den Bedarfen vor Ort auseinandersetzen müssen.

Dass die Berufsausbildungen zum Teil nicht erfasst werden, ist auch ein Betätigungsfeld. Es wäre schon interessant zu wissen, was letztendlich im Angebot ist.

Ich möchte einmal ein konkretes Beispiel nennen, wo ich ebenfalls ein Handlungsfeld sehe. Ich selbst habe einen Ausbildungsberuf an der Schule, nämlich den Bürokaufmann. Ich habe in der Stadt einen Maßnahmenträger, der zugleich – das ist sehr praktisch – eine private Berufsschule betreibt. Diese Ergänzung ist manchmal sinnvoll, vor allen Dingen unter dem Aspekt des freien Trägers.

Ich möchte das anhand dieses Beispiels verdeutlichen: Mit meinen Bürokaufleuten, die mit einem besonderen Förderbedarf zu mir gekommen sind, habe ich aus den Ressourcen der öffentlichen Schulen eine kleine Lerngruppe gebildet. Diese musste dann nach acht Wochen aufgelöst werden, weil der Maßnahmenträger von der ARGE statt der ursprünglich angedachten 24 Plätze nur 16 Plätze für Kaufleute für Bürokommunikation zugeteilt bekommen hat. Mehr Verträge konnten nicht abgeschlossen werden. Diese 16 Plätze waren für die wirtschaftlich denkende private Berufsschule zu wenig. Also ist man hergegangen und hat geguckt: affine Berufe, Bürokaufleute – wir ziehen diese Bürokaufleute aus der Friedrich-List-Schule ab. Die Folge davon war, dass ich ein Vierteljahr nach Unterrichtsbeginn mit einer Klasse dastand – es gibt ja noch weitere Maßnahmenträger –, die verteilt werden musste, weil die Gruppe mit fünf Leuten einfach zu

klein war. Das sind Dinge, wovon niemand profitiert. Auch diejenigen, die in einer privaten Berufsschule in einer großen Klasse mit 24, 25 Leuten beschult werden, profitieren nicht davon.

Letztendlich geht es nur um die Schülerinnen und Schüler, um die Auszubildenden, die in einer privaten Berufsschule unterrichtet werden, natürlich von den gleichen Leuten, allerdings im Nachbargebäude und von einem Maßnahmenträger, der von der ARGE zugelassen ist. Gerade für diejenigen, die vor Ort betroffen sind, ist das unheimlich problematisch. Die Kosten, die der öffentlichen Hand entstehen, will ich an dieser Stelle gar nicht ansprechen. Das ist mir an der Stelle wirklich nachrangig.

Die BvB-Schüler und die AZ-Schüler haben einen besonderen Förderbedarf und werden nur aus Kostengesichtspunkten in große Lerngruppen gebracht. Da gibt es sicherlich noch einen Handlungsbedarf, und man muss dieses Zusammenspiel einmal genauer untersuchen.

Unabhängig davon muss ich deutlich machen, dass ich andere Maßnahmenträger und auch private Berufsschulen kenne, die in nichts dem nachstehen, was die öffentlichen Schulen zu leisten in der Lage sind.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ich möchte es nicht zu lange machen. Bei der Analyse der vorgelegten Daten erscheinen mir ein paar Punkte wichtig. Bei den privaten beruflichen Schulen hat es eine bestimmte Entwicklung gegeben. Seit 2001 haben sich die Schülerzahlen in diesem Bereich nämlich fast verdoppelt. Darin sind Bereiche, wo man sagt: Das ist eigentlich originäre landespolitische Aufgabe. Beim beruflichen Gymnasium z. B. haben die privaten Schulen die Notsituation ausgenutzt und den Ausbau zum Teil in erheblichem Umfang vorangetrieben. Ich meine, da ist eine Nachjustierung erforderlich. Darüber haben wir bereits diskutiert.

Etwas anderes ist bemerkenswert: In der Anlage 2 sind die beruflichen Abschlüsse in einem anerkannten Ausbildungsberuf gemäß Berufsbildungsgesetz aufgeführt. Ich erinnere nur an die Uhrmacher. Ich habe im Rahmen meiner Lehrertätigkeit immer wieder das Vergnügen gehabt, Besuche und Unterrichtsbesuche an diesen Schulen zu machen. Es gibt Nischen, in denen offensichtlich völlig anerkannt ist, dass eine hochwertige berufliche Ausbildung vollschulisch abläuft. Bei den Uhrmachern ist das wirklich klassisch. Deren Ausbildung findet vollschulisch statt. Die Absolventen bekommen alle einen Arbeitsplatz. Einige gehen in die Schweiz, weil die großen Uhrenfirmen dort sind. Sie sind mit dieser Ausbildung auf jeden Fall sehr begehrt.

Offensichtlich funktioniert in einigen Bereichen die Anerkennung einer vollschulischen beruflichen Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt. Wenn man sich aber die Zahlen anschaut, dann stellt man fest, dass das äußerst gering ist. Wir haben im Bereich der öffentlichen Schulen Schülerzahlen von 545 – das ist sozusagen homöopathisch – und bei den privaten Schulen eine ähnliche Größenordnung. Die Tabelle darunter bildet das sehr schön ab, nämlich außerhalb des Berufsbildungsgesetzes. Da gibt es bei den öffentlichen Schulen fast 24 000 Schülerinnen und Schüler, und bei den privaten Schulen

sind es 18 000 Schülerinnen und Schüler. Wir wissen, dass es in diesem Bereich sehr viele Ausbildungsgänge gibt, die nicht so marktgängig sind.

Wir mussten feststellen, dass private berufliche Schulen im vergangenen Jahr in dem Bereich, in dem nicht unmittelbar eine Berufstätigkeit angeschlossen wird, Ausbildungsgänge ausgebaut haben. In einzelnen Bereichen ist sicherlich noch Korrektur angesagt.

Private berufliche Ausbildung ist in manchen Dingen traditionell angelegt und funktioniert. Da muss man schauen, ob die Finanzierung noch stimmig ist und welche Verantwortung der Staat vielleicht hat. Ich meine, es gibt Bereiche, in denen wir uns noch stärker engagieren müssen, wenn wir genauer auf das schauen, was in dem beruflichen und privaten Bereich geschieht.

Mir erscheint ein Punkt noch wichtig zu sein, nämlich die Frage der Qualitätssicherung, die wir jetzt auch in den beruflichen Schulen flächenhaft verstärkt einführen. Wir müssen auch bei den privaten beruflichen Schulen darauf gucken und entsprechende Anforderungen stellen, dass letztlich die Qualität in den Ausbildungsgängen stimmt.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Insgesamt ist das eine sehr informative und interessante Beantwortung der Großen Anfrage. Sie gibt sehr schön das gute Zusammenspiel von öffentlichem und privatem Schulwesen wieder, das sich in Baden-Württemberg etabliert hat. Ich meine, dass die Privatschulen bei uns sehr anerkannt sind, gerade weil sie eine gewachsene Struktur haben. Wenn man sieht, dass es vor allen Dingen Verbände, Vereine und Kirchen sind, die Privatschulen unterhalten, dann wird wohl klar, um was für einen Charakter von Schulen es sich handelt.

Ich glaube, dass wir gut beraten sind, das private Schulwesen in dieser Form weiterhin sicherzustellen, weil es Ergänzungen, Vernetzungen, gegenseitige Bereicherungen und vielleicht auch ein bisschen Wettbewerb gibt, der insgesamt guttun kann.

Wir müssen dem private beruflichen Schulwesen dankbar sein, das die gewachsenen Schülerzahlen aufgefangen hat und in dem einen oder anderen Fall möglicherweise flexibler reagieren konnte, als es im öffentlichen Schulwesen möglich ist.

Sie haben nach der Zukunft der beiden Schulwesen gefragt. Ich würde sagen, dass es unser Ehrgeiz sein muss, unser öffentliches, flächendeckendes und gutes Schulwesen insgesamt aufrechtzuerhalten. Es ist immer einhelliges Thema in der Enquetekommission gewesen, wie wir beispielsweise das Berufsschulwesen im ländlichen Raum sichern. Ich meine, da sind wir gut aufgestellt. Das ist ein Wert, den man wohl nicht hoch genug einschätzen kann. Das öffentliche Schulwesen genießt bei uns eine hohe Anerkennung. Insofern lege ich großen Wert darauf, dass das so fortgeschrieben wird.

Dass die Konkurrenz nur im befruchtenden und nicht im negativen Sinn vorhanden ist, kann man daran sehen, wie z. B. bei der Entwicklung der operativ eigenständigen Schulen ein gegenseitiger Austausch stattfindet. Auf Seite 6 ist von runden Tischen und gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen die Rede. Das öffentliche Schulwesen ist

für das private Schulwesen immer offen. Wir hoffen, dass umgekehrt die privaten Berufsschulen offen sind, wenn es darum geht, mit den neuen Werkrealschulen zu kooperieren. Ich meine, man sollte die gute Tradition, die wir in Baden-Württemberg haben, unbedingt fortschreiben und natürlich an der einen oder anderen Sache nachjustieren.

Auch die Kontrolle und die Qualitätssicherung ist ein wichtiges Thema, das man immer im Auge behalten muss. Es kann nicht in unserem Interesse sein, wenn Privatschulen einen schlechten Ruf haben oder wenn es heißt, die Schüler schafften die Prüfung nicht. Das entspricht überhaupt nicht den Standards, die im öffentlichen Schulwesen angelegt werden. Aber ich meine, das sind bisher Einzelfälle, die aufgetaucht sind. Man hat sicherlich ein Auge darauf.

Ich bin der Meinung, dass dieses Informationsmaterial in die Arbeit der Enquetekommission einfließen sollte und im positiven Sinn ein Steinbruch für weitere Kenntnisnahmen sein kann.

Vorsitzende Andrea Krueger: Vielen Dank, Frau Kurtz. – Herr Dr. Mentrup.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich möchte den Gedanken von Herrn Lehmann noch ein Stück weit vertiefen und den Aspekt des Schulgelds mit einführen. Die gute Harmonie zwischen öffentlichem und privatem Schulwesen ist eine Sache. Aber für den einzelnen Betroffenen gibt es doch den erheblichen Unterschied, dass er in einem Fall Schulgeld zahlen muss und in dem anderen Fall nicht. Herr Lehmann hat ja gesagt, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in zehn Jahren fast verdoppelt hat. Man sollte sich ruhig einmal die einzelnen Punkte anzugucken, wo sich das verdoppelt hat. Dann stellt man nämlich fest, dass sich z. B. die Zahl der Schüler in den Berufsfachschulen annähernd verdoppelt hat, nämlich von 5 900 auf knapp 11 800, und dass sich die Zahl der Schüler an den beruflichen Gymnasien von 934 auf 3 285 mehr als verdreifacht hat.

Das, was die Schüler dort bekommen, ist, dass sie bei einem großen Teil der Berufsfachschulen auf ihren Hauptschulabschluss noch die mittlere Reife aufsetzen können und dass sie im Bereich des beruflichen Gymnasiums auf die mittlere Reife noch das Abitur aufsetzen können. Das sind Leistungen, die sie eigentlich auch im öffentlichen Schulwesen bekommen müssten, also entgeltfrei, wenn die Parole „Kein Abschluss ohne Anschluss“ für alle gelten soll und nicht nur für diejenigen, die sich das Schulgeld leisten können. Das ist für mich ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir mit der Enquetekommission richtig liegen, wenn wir in diesen Bereichen sagen: Hier muss möglichst zeitnah eine Anpassung an den Bedarf erfolgen.

Bei aller Freude über die Kreativität des privaten Schulwesens muss immer klar sein: Das soll sich in Bereichen entfalten, die Aufgabe sowohl des privaten als auch des öffentlichen Schulwesens gleichermaßen sind. Es sollte sich aber überwiegend nicht in den Bereichen entfalten, in denen es eigentlich einen öffentlichen Anspruch jeder Schülerin und jedes Schülers in Baden-Württemberg gibt, dass sie bzw. er im öffentlichen Schulwesen den maximal möglichen Schulabschluss unentgeltlich erreichen könnte und sollte.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nachdem die Formulierung jetzt so oft gefallen ist, muss ich doch darauf hinweisen, dass auch die Schulen in freier Trägerschaft ein öffentliches Angebot machen. Wir sprechen da entweder von staatlichen oder von privaten Schulen. Nur so viel zur Definition.

Eines ist klar: Wir als Landtag, auch als Vertreter der staatlichen Schulen, müssen natürlich darauf achten, dass bei zurückgehenden Schülerzahlen auch weiterhin ein flächendeckendes Angebot besteht, sodass jede Schülerin und jeder Schüler die Auswahl hat. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn es Schülerinnen und Schüler gibt, die sagen: „Jawohl, das ist uns Geld wert. Das, was mir diese Schule in freier Trägerschaft bietet, schätze ich mehr.“ Das muss möglich sein. Es kann nicht sein, dass wir sagen: Alle staatlichen Schulen müssen mit Gewalt erhalten werden, und die freien Schulen sind zurückzudrängen. Das habe ich an manchen Stellen zwischen den Zeilen herausgehört. Deswegen ist mir wichtig, noch einmal zu sagen, dass das nicht das Anliegen sein kann, zumal wir als Abgeordnete auch den Steuerzahlern verpflichtet sind.

Wenn man einmal in den Bericht über die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft schaut, stellt man fest, dass der Staat wesentlich günstiger davonkommt, wenn freie Angebote vorhanden sind; denn der Staat gibt zum Teil fast nur die Hälfte an staatlichem Zuschuss dazu. Auch das muss man beachten.

Wie gesagt: Das flächendeckend vorhandene Angebot von staatlichen Schulen ist auch uns ein wichtiges Anliegen. Es muss eine Auswahl gegeben sein.

Im Übrigen kann man auch diese Große Anfrage für erledigt erklären.

Vorsitzende Andrea Krueger: Vielen Dank. – Ich meine, das Interesse der Enquetekommission insgesamt dürfte sein – das hat sich aus den bisherigen Diskussionen so ergeben –, dass uns vor allem die Qualität dieses Angebots sehr am Herzen liegt.

Kollegin Berroth hat als Initiatorin schon darauf verwiesen, dass die Große Anfrage damit erledigt werden kann, die in öffentlicher Sitzung besprochen worden ist.

(Schluss des öffentlichen Teils: 10:50 Uhr)

Datum:

.....

.....

Die Vorsitzende